



## Antrag

der Fraktion der SPD

### **Fachkräfte sichern - Moratorium für die Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein**

Der Landtag wolle beschließen:

Bis es eine landesweite Schulentwicklungsplanung zur Absicherung der Grundversorgung der Beruflichen Schulen gibt, soll es über das Personalzuweisungsverfahren (PZV) keinen Stellenabbau an den Beruflichen Schulen geben, um die dort jetzt vorgehaltenen Angebote zu sichern. Werden dennoch vorhandene Angebote beendet, wird dem Bildungsausschuss darüber berichtet.

#### Begründung:

Die Schülerzahlen der Beruflichen Schulen sinken derzeit. Weil das PZV nach Schülerzahlen ausgerichtet ist, bekommen die Beruflichen Schulen Probleme, kleine Klassen aufrechtzuerhalten. Das kann dazu führen, dass bestimmte Ausbildungsgänge an einzelnen Standorten aufgegeben werden. Wenn nun aber die Berufliche Schule nicht mehr so leicht zu erreichen ist, besteht die Gefahr, dass junge Menschen sich für einen anderen Beruf oder zumindest eine Ausbildung in einer anderen Region entscheiden. Auch können entsprechende Berufe im Ausbildungsvorbereitungsjahr dann nicht mehr entsprechend nahegebracht werden.

Eine Lösung für dieses Problem kann eine landesweite Schulentwicklungsplanung sein, die eine Grundversorgung definiert und sichert. Bis diese vorliegt, sollen zur Sicherung der Fachkräfteversorgung in der Fläche den Beruflichen Schulen bis auf weiteres über das PZV keine Stellen mehr gestrichen werden. Sollten Schulen im Rahmen ihrer internen Schulentwicklungsprozesse ihr Profil ändern und Angebote einstellen wollen, soll darüber dem Bildungsausschuss berichtet werden.

Martin Habersaat  
und Fraktion

Kirsten Eickhoff-Weber  
und Fraktion

Thomas Hölck  
und Fraktion